

Ein Amoklauf – aber warum?

Angeklagter bekommt nach „Beilmord“ lebenslänglich

Von Frederick Mersi

Konstanz. Nachdem er seinen ehemaligen Chef mit einem Beil getötet und dessen Söhne lebensgefährlich verletzt hatte, setzte sich der Mann neben einen der beiden bewusstlosen Jungen und rauchte eine Zigarette. Was genau an diesem Januar-Samstag in den Minuten zuvor in welcher Reihenfolge in dem Einfamilienhaus in Hohenfels (Landkreis Konstanz) geschehen war, konnte das Landgericht Konstanz letztlich nicht klären. Wegen des tödlichen Überfalls wurde am Donnerstag dennoch ein 36-Jähriger zu lebenslanger Haft verurteilt.

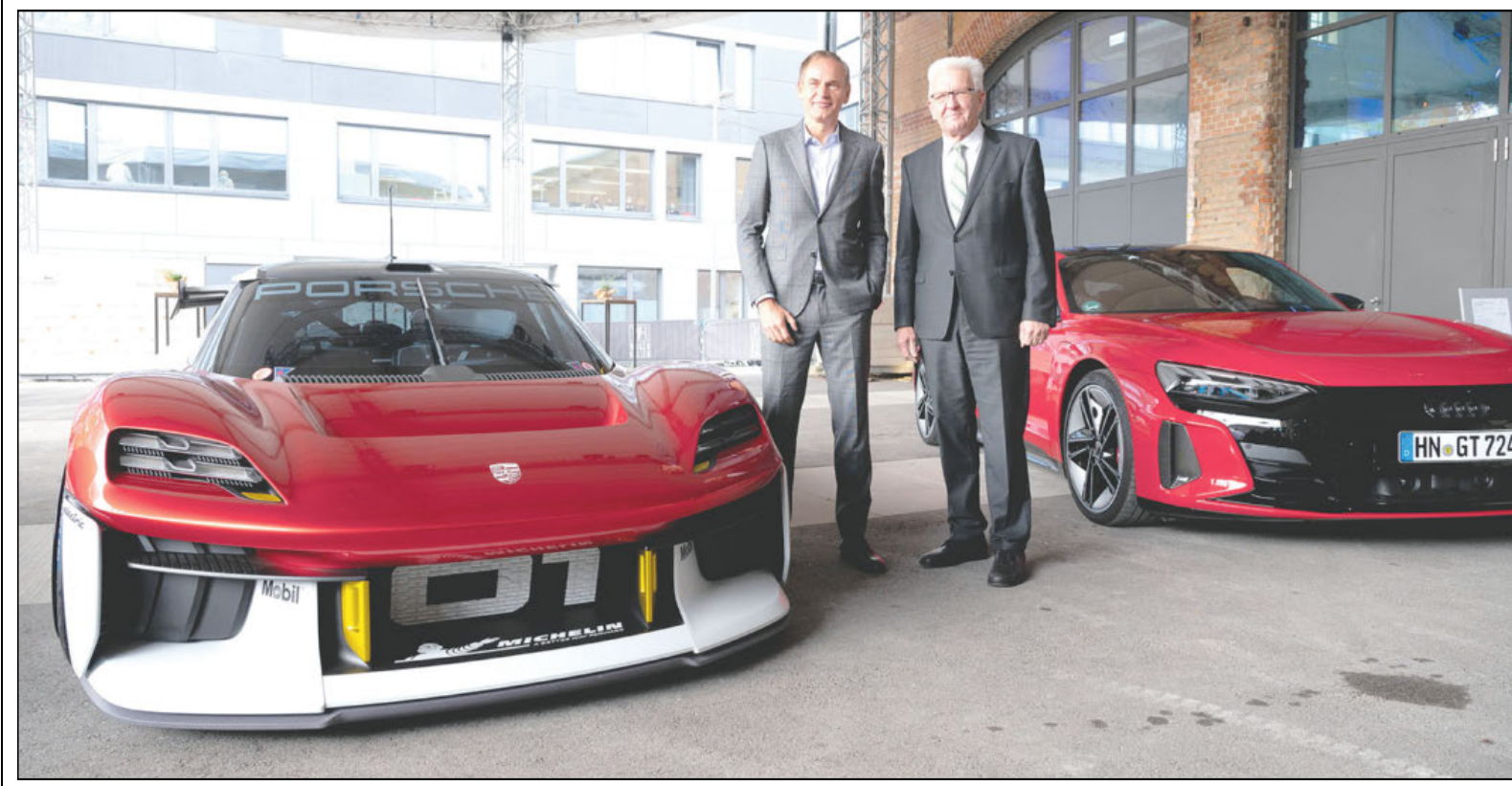
Daran, dass der rumänische Angeklagte für das „Blutbad“ im Haus seines ehemaligen Arbeitgebers verantwortlich ist, habe die Kammer aber keine Zweifel, sagte Vorsitzender Richter Arno Hornstein bei der Verkündung des Urteils. Die Polizei hatte den Mann wenige Minuten nach der Tat im Haus festgenommen, nachdem dieser versucht hatte, mit einem selbst mitgebrachten Messer Suizid zu begehen. Doch vor allem bei der Frage nach dem Warum blieben viele Fragen offen.

Zwar hatte der Angeklagte die Firma seines späteren Opfers einige Jahre zuvor nach dem Verdacht auf Diebstahl verlassen. Der ältere der beiden Jungen, auf die der Mann später mit der Rückseite seines Beils einschlug, beschrieb ihn aber als freundlichen Mitarbeiter seines Vaters. Sein neun Jahre älter Bruder und er hätten eine gute Beziehung zu ihm gehabt, sagte der 13-Jährige zum Prozessauftakt.

Vorsitzender Richter Hornstein nannte bei der Urteilsverkündung eine Reihe möglicher Motive. Der Mann sei seit einem schweren Autounfall im Jahr 2019 leichter reizbar und auf Geld fixiert gewesen. Er habe wohl in Rumänien ein neues Leben beginnen wollen, zudem leide der 36-Jährige an einer schweren Persönlichkeitsstörung. Allerdings sei er beim Überfall voll schuldhaftig gewesen.

Als erwiesen sah es das Gericht dagegen, dass der 36-Jährige das Haus beobachtet und ein Beil unter seiner Winterjacke mitgenommen hatte, als er verummant an der Haustür seines ehemaligen Chefs klingelte. Zuerst attackierte er die Jungen mit der stumpfen Seite des Beils, später tötete er den heimkehrenden Vater, den der Neunjährige noch telefonisch alarmiert hatte. Dann versuchte der Mann, mit einem mitgebrachten Messer Suizid zu begehen.

Verurteilt wurde der 36-Jährige schließlich wegen Totschlags und zwei Fällen versuchten Mordes. Außerdem muss er 135 000 Euro Schmerzensgeld an die überlebenden Angehörigen zahlen.



Schnell und elektrisch

Stuttgart. Schnelle Flitzer, aber „sauber“: Das sollen die aktuellen E-Autos von Porsche und Audi sein, vor denen Ministerpräsident Winfried Kretschmann (r., Grüne) und Oliver Blume, Vorstandsvorsitzender der Porsche AG, hier posieren. Inhaltlich ging es beim jüngsten „Strategiedialog Automobilwirtschaft“ aber um eher behäbigere Fahrzeuge: Daimler, EnBW, Institute der Fraunhofer-Gesellschaft und das Land wollen ein Projekt für die Versorgung mit Wasserstoff und zum Aufladen der Batterien für Lastwagen im Fernverkehr auf die Beine stellen. Eine entsprechende Absichtserklärung wurde am Donnerstag unterzeichnet. Foto: Bernd Weißbrod

Die Großväter sollen sich willkommen fühlen

Josip Juratovic kam als 15-Jähriger nach Deutschland – Der SPD-Politiker mahnt, die 1. Gastarbeiter-Generation nicht zu vergessen

Von Sören S. Sgries

Gundelsheim/Heidelberg. „Ich bin der letzte und einzige Gastarbeiter im Bundestag“: Mit diesem Satz ließ sich Josip Juratovic kürzlich in der „Stuttgarter Zeitung“ zitieren. „Wir müssen in Erinnerung rufen, dass diese Menschen, die kamen, immer noch unter uns sind“, er-



zählt der 62-Jährige einige Tage später der RNZ, warum ihm dieses klare Statement so wichtig war. „Es waren Gastarbeiter, die dieses Land Schulter an Schulter mit den deutschen Kollegen aufgebaut haben. Und trotzdem haben sie nicht einmal die Genugtuung, dass die Menschen sagen: Du gehörst dazu.“

Juratovic selbst steht nicht mehr am Fließband, ist seit langem Volksvertreter statt Arbeiter. Seit 2005 sitzt der SPD Politiker aus dem Wahlkreis Heilbronn im Bundestag. Auch jetzt zog er wieder über die Landesliste ein. Dass er diese Karriere machen konnte: Ein großer Zufall, glaubt er. „Wäre ich zwei, drei Jahre spä-

ter nach Deutschland gekommen, wäre mein Schicksal ein anderes gewesen.“

Geboren wurde Juratovic 1959 in Jugoslawien, im heutigen Kroatien. Der Vater starb schon früh, die Familie lebte in ärmlichsten Verhältnissen – weswegen seine Mutter sich schließlich auf den Weg nach Deutschland machte. Sieben oder acht Jahre alt war Juratovic damals. Während er bei der Großmutter aufwuchs, schuftete die Mutter in der Ferne. – „eine billige Arbeitskraft, die man später wieder nach Hause schicken wollte.“

Er folgte ihr erst 1974, als 15-Jähriger, nach Gundelsheim. „Ich selbst war ein bisschen zu jung, um klassischer Gastarbeiter zu sein“, erinnert er sich. Ein paar kleine Jobs versucht er, letztlich aber macht er doch zunächst den Hauptschulabschluss, besucht dann die Berufsschule in Neckarsum, bevor er in Bad Rappenau in einer Kfz-Werkstatt als Lehrling anfangen darf. Später kommt er ins Audi-Werk, sieben Jahre als Lackierer am Fließband, später steigt er auf.

Warum ihm die Integration, dann der Aufstieg gelang? „Ich hatte Glück, dass ich nach zwei Wochen – ohne ein Wort Deutsch zu können – in einem Rot-Kreuz-Zeltlager gelandet bin.“ Dort lernt er Gleichaltrige kennen, die wie er Musik lieben und bei den Spielen der Fußball-WM mitfeiern. „Ich fand Freunde, die mich auch verteidigt haben“, erinnert er

sich. Sprachliche Defizite spielen keine Rolle mehr – „die Ideen waren wichtig“. Gemeinsam kämpft man für einen Jungentreff. „Mein erster politischer Erfolg.“ 1982 tritt er der SPD bei. In Gundelsheim gründet er eine Juso-Gruppe und reaktiviert den SPD-Ortsverein.

All das funktioniert für ihn auch ohne deutsche Staatsbürgerschaft. „Dürfen



Juratovic kam 1974 aus Jugoslawien nach Gundelsheim. Foto: zg/Benno Kraehahn

Ausländer bei Euch mitmachen?“, hatte er vor seinem Beitritt 1982 am SPD-Wahlkampfstand gefragt. Er durfte. Doch je mehr er sich kommunalpolitisch engagierte, desto mehr stört er sich daran, dass ihm ohne deutschen Pass das Wahlrecht fehlt.

1998 wird er Deutscher – und kann sich heute noch über die Hürden aufregen, die es gab. Zum Beispiel die Kosten der Ein-

bürgerung: rund 3000 Mark habe der ganze Akt gekostet, erinnert er sich. Nicht nur in Kroatien fielen Verwaltungskosten an, auch der deutsche Staat verlangte 500 Mark „Einbürgerungsgebühr“. „Wenn man Deutscher sein will: Das muss man sich auch leisten können“, habe es auf dem Amt flapsig geheißelt, erzählt Juratovic. „Warum? Ich bin doch deutscher Steuerzahler.“ Er versteht daher gut, dass viele, die als Gastarbeiter kamen, bis heute den Pass ihres Geburtslandes behalten hätten.

Gleichzeitig sieht er die Gefahr, dass diese älteren Menschen genau daher vergessen werden. Richtig bewusst wurde ihm das bei der letzten Diskussion über die doppelte Staatsbürgerschaft. „Da ging es um die 3. Generation, aber keiner hat mehr über die 1. Generation geredet.“ Dabei müsse man genau diese Leute, die vor Jahrzehnten nach Deutschland kamen, endlich willkommen heißen. Das sei „die Schlüsselfrage“ auch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, ist Juratovic überzeugt. Denn was bewirke es wohl, wenn noch heute Großväter zu Jugendlichen sagten: „Du kannst tun und lassen, was du willst: Du wirst immer ein Türke, ein Serbe, ... sein?“

Das ist die aktuelle Mission des „einzigen Gastarbeiters im Bundestag“: Niemand, der vor 60 Jahren nach Deutschland kam, soll mehr das Gefühl haben müssen, er sei „Bürger zweiter Klasse“.

„Ich will kein Rumpelpolitiker sein“

Aber ein bisschen mehr Klartext wünscht sich Moritz Oppelt schon in der Politik – Der 32-Jährige soll neuer CDU-Bezirkschef werden

Von Sören S. Sgries

Heidelberg. Bisher arbeitete Moritz Oppelt als Steuerfahnder, doch das ist jetzt vorbei: Seit dem 26. September ist der 32-jährige Neckargemünder der direkt gewählte Bundestagsabgeordnete des Wahlkreises Rhein-Neckar – und an diesem Freitag will er zudem zum Vorsitzenden des einflussreichen CDU-Bezirksverbands Nordbaden gewählt werden.

> Herr Oppelt, diese Woche hatten Sie Ihre erste Plenarsitzung als Abgeordneter: Wie war die Stimmung?

Das erste Mal war ich ja schon vor zwei Wochen in Berlin, zur Fraktionssitzung. Was auffällt: Die sind wahnsinnig gut organisiert im Bundestag. Da wird man gleich namentlich begrüßt, wenn man an der Pforte steht. Und wenn man dann durch die Hallen läuft: Das ist total beeindruckend, fast unwirklich.

> Gleichzeitig endet voraussichtlich die Regierungszeit der CDU – und Sie müssen auf die Oppositionsbänke. Wie sehr schmerzt das?

Ich kenne den Vergleich ja nicht. Aber natürlich sind wir angetreten, um dieses Land weiter zu regieren. Ich hätte mir auch gewünscht, dass wir das mit Jamaika probieren. Aber jetzt müssen wir in der Opposition schauen, dass wir bereit sind, das nächste Mal wieder in die Regierung zu gehen.

> Sie persönlich haben jetzt verkündet, dass Sie von Peter Hauk das Amt des Bezirksvorsitzenden in der CDU Nordbaden übernehmen wollen. Wäre der Schritt auch gekommen, wenn die CDU in der Bundesregierung geblieben wäre?

Das ist schwer zu sagen. Peter Hauk und ich arbeiten schon seit einigen Jahren – ich als Bezirksvorsitzender der Jungen Union, er als Bezirksvorsitzender der CDU – ganz eng zusammen. Nach dieser Wahl, insbesondere nach diesem Wahl-

ergebnis, haben wir uns überlegt, wie wir uns aufstellen müssen, dass wir auch noch in vier, in acht Jahren aus Nordbaden heraus Einfluss nehmen können. Peter Hauk hat gesagt, er traut mir das Amt zu, er unterstützt mich auch weiter. Diese Konstellation hat mich überzeugt.

> Ist dieser Schritt damit schon ein wichtiger Teil der vielfach geforderten Erneuerung der CDU?

Ja. Ich bin ja neu. Ich hoffe auch, dass die Mitglieder mich wählen und das als Signal der Erneuerung wahrnehmen. Mir ist aber wichtig, dass wir uns nicht zerstreuen über so eine Personalfrage. So ist Erneuerung wichtig: Wenn man den Jungen eine Chance gibt, sich zu entwickeln, aber die Älteren dabei bleiben und mit helfen. Und Peter Hauk ist ja ein guter Minister, genießt ein hohes Ansehen.

> Wenn Sie schon so eng mit Peter Hauk zusammengearbeitet haben: Was ist dann neu – außer dass Sie 25 Jahre jünger sind?

Wir haben in der CDU Nordbaden intern immer viel diskutiert. Wir haben unterschiedliche Ansichten, unterschiedliche Herangehensweisen. Ich bin beispielsweise dafür, dass man auch mal öffentlich in den Clinch geht – beispielsweise mit der SPD. Peter Hauk gehört für mich eher zu einer anderen Politikergeneration, der „Generation Merkel“, die einen ruhigeren, versöhnlicheren Politikstil pflegt.

> Das klingt, als würden Sie mit der Merckelschen Art brechen wollen?

Bei Angela Merkel wussten die Leute, wofür sie steht. Sie hat ein wahnsinniges Vertrauen genossen. Ich glaube aber: Wir leben in einer Zeit, wo man wieder mehr diskutieren muss. Zumal, wenn wir jetzt in der Opposition sind, wo wir nicht mehr den einen bekannten Kopf an der Spitze haben. Wir müssen viel mehr erklären, was wir eigentlich wollen.



„Es geht nicht nur darum, die Partei zu erneuern, sondern wir müssen auch dieses Land regieren“, wirbt Oppelt – hier im Bundestagsplenum – für Stabilität im Südwesten. Foto: privat

> Sie treten also in Berlin und im Land für Klartext ein?

Ja. Ich will aber kein Rumpelpolitiker sein und nur stumpf gegen die anderen ledern.

> Wie gehen Sie mit dem Spagat um, in Berlin Opposition zu machen – aber in Stuttgart mit den Grünen zu regieren?

Das sehe ich relativ entspannt. Die Grünen hier im Land sind völlig andere als die in Berlin. Winfried Kretschmann hat seine eigene Partei ja auch schonmal als völlig unrealistisch abgetan. Also: So lange Winfried Kretschmann in Baden-Württemberg Ministerpräsident ist und in Berlin Baerbock, Hofreiter und so weiter das Sagen haben, sehe ich keine großen Probleme. Kritischer sehe ich die SPD: Deren Wahlkampf hat die klare Handschrift von Kevin Kühnert und den anderen Parteilinken getragen. Ich bin gespannt, wer sich da im Koalitionsvertrag durchsetzt.

> Im Sondierungspapier tritt die FDP

nach allgemeiner Einschätzung stark auf.

Ja, dort steht drin, dass der Staat keine neuen Schulden machen soll, dass es keine neuen Steuern gibt. Aber es gibt ja andere Möglichkeiten. Staatseigene Konzerne wie die Bahn könnten natürlich schon Schulden machen, ohne dass es die Schuldenbremse verletzt. Da werden wir auf Transparenz pochen. Mit versteckter Schuldenaufnahme hätte ich große Probleme – zumal bei der Schuldenaufnahme der Staat ja die besseren Konditionen hätte als die Konzerne.

> Auf einigen Bezirksparteitagen wurde schon recht lebhaft über die Zukunft von Landes-CDU-Chef Thomas Strobl debattiert. Ist das auch in Nordbaden zu erwarten?

Wir müssen uns bewusst sein, dass wir hier in Baden-Württemberg eine Verantwortung tragen. Es geht nicht nur darum, die Partei zu erneuern, sondern wir müssen auch dieses Land regieren. Wir dürfen nicht riskieren, dass wir über die parteiinterne Erneuerung das Land verlieren – und am Ende zum Beispiel unsere Polizei der SPD überlassen müssen.

> Das heißt: Sie stehen aus Verantwortungsgefühl zu Thomas Strobl?

Ich habe auch persönlich zu ihm ein sehr gutes Verhältnis. Er wird in der Öffentlichkeit völlig anders wahrgenommen, als er in Wirklichkeit ist. Die Wahrheit ist: Ich kenne kaum einen empathischeren und herzlicheren Menschen in der Politik als Thomas Strobl. Ich traue ihm zu, den Erneuerungsprozess in der Partei gut zu gestalten. Es gibt ja auch keinen Gegenkandidaten. Ich sehe derzeit niemanden, der es besser machen könnte.

Info: Lesen Sie auf www.rnz.de, was Moritz Oppelt über die Neuaufstellung im Bund und die Skandale in Mannheim denkt.

NACHRICHTEN

Warnstufe noch nicht erreicht

Ungeimpfte Menschen müssen auch in den kommenden Tagen nicht mit weiteren Einschränkungen in Baden-Württemberg rechnen. Die Zahl der Covid-19-Patienten auf Intensivstationen lag am Donnerstag bei 246 (+4) und somit weiter unter dem wichtigen Wert von 250. Wird diese Marke aber an zwei Werktagen hintereinander erreicht oder überschritten, gelten vom nächsten Tag an automatisch Einschränkungen für ungeimpfte Menschen. Dies kann wegen des langen Wochenendes nun frühestens am nächsten Dienstag erreicht werden.

Maskengegner muss Strafe zahlen

Weil er vor einem Ladengeschäft in Freiburg eine verfassungsfeindliche Parole gerufen hat, muss ein Maskengegner eine Geldstrafe von 60 Tageseinzeln bezahlen. Laut Angaben des Gerichts hatte sich der 52-Jährige im November vergangenen Jahres über einen Laden geärgert, der auch mit einem entsprechenden Attest den Einkauf ohne Maske nicht erlaubte. Darüber regte er sich so auf, dass er mit mehreren unmaskierten Mitstreitern in das Geschäft ging, bis ihn die hinzugegerufenen Polizisten wieder vertrieben. Vor der Tür habe er der Geschäftsführerin dann „öffentlichkeitswirksam laut“ den Nazigruß zugerufen.

Nach Feuer: Kaum Spuren am E-Bus

Vier Wochen nach dem Brand in einem Busdepot in Stuttgart dauern die Untersuchungen an einem Elektrobus an. „Es gibt leider kaum verwertbare Spuren, da die Hitzeentwicklung so stark war“, sagte eine Sprecherin der Polizei. Der Großbrand hatte am 30. September 25 Busse komplett zerstört, darunter zwei mit Elektroantrieb. Klar sei mittlerweile, dass der Brand vom Dach des Busses ausging. Dort sind die Stromspeicher untergebracht. Es werde daher von einem technischen Defekt als Brandursache ausgegangen.